

Schwarz-Blau gegen Internet?

Günther Hopfgartner, Melina Klaus, Joachim Tischler

Zweifellos erlebte Österreich im Jahr 2000 einige bedeutende Einschnitte in der politischen Kultur dieses Landes: Zunächst ein Koalitionswechsel, der eine europaweit geächtete Rechtsaußenpartei in Regierungsverantwortung hievte – worauf ein spontaner Proteststurm folgte, der sich – für Österreich ungewöhnlich – auch in militanten Aktivitäten auf den Straßen, vor allem der Bundeshauptstadt, manifestierte. Schließlich der kurzfristige Boykott der EU-14 gegen Schüssels Regierungsteam, der sich weitgehend in diplomatischen Manövern erschöpfte, bis ihn der Spruch der »drei Weisen« nach wenigen Monaten beendete.

Vor allem aber gelang es der heterogenen DemonstrantInnenschar der Februartage 2000, die wütenden Spontanproteste unter der ebenso einfachen wie eingängigen Losung »Widerstand« in einer stabilen Protestbewegung zu kanalisieren. Eine Bewegung, die ihren Widerstand gegen Schwarz-Blau sowohl allgemein in Permanenz (vgl. Donnerstagsdemos, den Newsletter MUNI etc.) als auch zugespitzt anlaßbezogen (vgl. Checkpoint Austria, Proteste gegen Studiengebühren etc.) zu artikulieren weiß.

Was aber vermochte in einem Land, das über Jahrzehnte verfangen schien in einer auf Opfermythos, Vergangenheitsverdrängung und Mausehelei aufruhenden Konsenskultur, die ihren institutionellen Ausdruck in der legendären österreichischen Sozialpartnerschaft fand, ein derartiges politisches Erdbeben auszulösen? Was oder wer hat sich in den vergangenen Jahren derart verändert? Und wer widersteht da tatsächlich wem – und warum?

Für Wolfgang Schüssel, der, so meinten viele Kommentatoren, scheinbar jede politische Vernunft und jeden Anstand seinem Lebenstraum – Kanzler dieser Republik zu werden – opferte, waren alle Fragen schon am Vorabend der Wiener Großdemo vom 19.2.2000 geklärt: Einmal noch würden sich an jenem Samstag »die Internetgeneration« und diverse »Altlinke« austoben, dann hätte der Spuk ein Ende und schwarz-blaue Normalität könne über das Land kommen. Schüssel irrte. Wie in der Folge auch zahlreiche Auguren, nicht nur aus der rechten Reichshälfte. Beinahe wöchentlich wurde das Erlahmen der Kräfte der Protestierenden – die vor allem unter den »üblichen politisch Verdächtigen« ausgemacht wurden, verstärkt durch »stylebewusste« ProtagonistInnen einer diffusen »Fungeneration«, auf der Suche nach neuen Kicks – und die schließliche Normalisierung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung beschworen, also vor allem die Reterritorialisierung der Politik im gewohnten institutionellen Rahmen.

Woraus aber resultieren derartige Fehltritte? Von seiten der Regierungskoalition, aber wohl auch im Fall der parlamentarischen Opposition handelt es sich dabei augenscheinlich um »wishful thinking«. Während Schüssel und Co. endlich in Ruhe regieren wollen, will sich Rotgrün gleichfalls dem Druck der in den

letzten Monaten vielgescholtenen »Straße« entziehen, vor allem um ihren – zunehmend ausgehöhlten – Anspruch auf die Definitionsmacht über oppositionelle Politik wieder geltend machen zu können.

Die offensichtlich vorciligen Nachrufe auf die Widerstandsbewegung aus den Reihen der professionellen KommentatorInnen, AnalystInnen, ChronistInnen etc. in Medien und intellektueller Nomenklatura dürften dagegen vor allem einer verkürzten Sicht der Ereignisse geschuldet sein.

Wir würden deshalb nachfolgend gerne eine etwas andere Sicht sowohl auf das Wirken der schwarz-blauen Regierungskoalition (und vor allem ihres mediokren Über-Ichs, Jörg Haider) als auch auf die Funktion der sogenannten Widerstandsbewegung vorschlagen: In Österreich fände demnach die Auseinandersetzung um die konkrete Verlaufsform und Ausgestaltung des postfordistischen Umbruchs (mit allem was daran an historischen Verwerfungen, Tradierungen, Geheimnissen, Schuld etc. sich aufhängen bzw. aufbrechen muss) seinen Ausdruck in den in ungewöhnlicher Schärfe und oftmals an ungewöhnlichem Ort ausgetragenen Konflikten der vergangenen Monate.

Alternativen formulieren

»Speed kills« ist laut VP-Klubobmann Khol die Maxime, nach der die VP-FP-Koalition ihre Regierungsarbeit organisiert. Auf der politisch-pragmatischen Ebene ist damit bereits eine der wesentlicheren Differenzen zwischen Schwarz-Blau und der zuvor regierenden großen Koalition benannt. Denn, kaum eine Maßnahme der aktuellen Regierung, die nicht schon unter Rot-Schwarz zumindest angedacht gewesen wäre – nur eben nicht in diesem Tempo realisiert wurde bzw. zumindest mit dem einen oder anderen kleinen Zugeständnis an die Gewerkschaften und allerlei rhetorischem Beiwerk versehen. Selbst der umstrittene Versuch der schwarz-blauen Koalition, die ArbeitnehmerInnenvertretungen – etwa durch Kürzung der Kammerumlage – zu schwächen, findet seine schaumgebremste Entsprechung in der Mißachtung, die selbst den Interventionen der ÖGB- und AK-Spitzen in den vergangenen Jahren – etwa in den SP-Gremien oder auch auf diversen Klub-Klausuren – zuteil wurde.

Was aber offensichtlich seit dem 4. Februar 2000 tatsächlich den Hauptunterschied in der österreichischen Regierungspolitik ausmacht, ist die Tatsache, dass all die zuvor aus kalter technokratischer Sachzwanglogik abgeleiteten und begründeten politischen und sozialen Maßnahmen nun ideologisch aufgeladen, als neoliberalen Erneuerungsprogramm verkauft werden.

Vor diesem Hintergrund wird auch die Funktion des noch vor nicht allzulanger Zeit auch von der ÖVP als »ewiggestriger Krawallmacher« angesehenen FPÖ-Aushängeschildes Jörg Haider klarer. Im Unterschied zur Wahrnehmung der allermeisten Kommentatoren besteht Haiders wichtigstes Atout in der öffentlichen Debatte wie auch in der innenpolitischen Arena spätestens seit Mitte der 90er Jahre nämlich weder in seiner Ausstrahlung auf, durch wohlkalkulierte periodische »Sager« bei der Stange gehaltene, Alt- und Neo-Deutschnationale, noch in der seit Ende der achtziger Jahre zunehmenden Gefolgschaft aus den Reihen der durch die Sozialdemokratie enttäuschten »Modernisierungsverlierer«. Seit Jahren schon weiß sich Jörg Haider durchaus auch mit dem Flair der Modernität zu

umgeben. Davon legt schon optisch u.a. seine von vielen mit Verwirrung aufgenommenen durchgestylte »forsche Periode« seit Mitte der 90er Jahre – aus der der in liberalen PublizistInnen-Kreisen gern verwendete, auf Haider gemünzte Terminus »Feschismus« stammt – auffällig Zeugnis ab. Jugendlich, dynamisch, verwegene gab Haider von da an plötzlich den Prototyp des New Economy-Parteigängers. Eine Selbstinszenierung, die ihre Entsprechung, entgegen aller »kleiner Mann-Rhetorik«, durchaus in der zunehmend neoliberalen Programmatik der FPÖ (vgl. Ptak/Schui 1998) fand. All dies – das Image des Tabubrechers, das Design des New Economy-role models, die neoliberale Programmatik – verknüpft mit einer paternalistischen »kleiner Mann«-Rhetorik, machte Haider schließlich doch noch gesellschaftsfähig.

Vor allem auch, weil der kalt berechnende Modernisierungskurs unter Führung sozialdemokratischer Macher an seine Grenzen gestoßen war. Zwar bremsen noch Restbestände sozialdemokratisch-wohlfahrtsstaatlichen Basisverständnisses das postfordistische Umbauprogramm der rotschwarzen Regierungskoalition, die jedoch zweifelsohne bereits nach der Maxime agierte, wonach moderne – postfordistische – Gouvernamentalität bedcut, dass »die Regierung selbst zu einer Art Unternehmen wird, dessen Aufgabe die Universalisierung des Wettbewerbs und die Erfindung marktförmiger Handlungssysteme für Individuen, Gruppen und Institutionen sind« (Lemke/Krassmann/Bröckling 2000). Der trocken mit Sachzwängen argumentierte Kurs von Vranitzky oder Klima war dementsprechend zwar – im Sinne bestimmter Kapitallobbys – für ein Übergangsregime nützlich, darüberhinaus aber eben nicht in der Lage, die Vision eines »zukunfts-trächtigen« Projekts in den gesellschaftlichen Diskurs einzuschreiben oder gar hegemonial zu machen. Weil aber auf Dauer einerseits weitergehende Einschnitte in das soziale Netz, über Sachzwangargumente hinaus, irgendwann einer ideologischen und emotionalen Flankierung bedürfen, vor allem aber die Konstituierung der vielbeschworenen New Economy – definiert als Ausweitung ökonomischer Formen auf das Soziale, mithin der Verankerung des alles durchdringenden Wettbewerbsprinzips auch auf der individuellen Ebene – auch der umfassenden ideologischen Massenmobilisierung bedarf, mußte (aus der Sicht interessierter Kapitalfraktionen) dafür irgendwann ein geeigneter Kommunikator/Katalysator her. Und den fand man – bzw. wohl nicht zuletzt die Industriellenvereinigung, deren inhaltliche Vorgaben sich schließlich punktgenau in der schwarz-blauen Regierungsbereinkunft wiederfanden – in Jörg Haider.

Zwar hatte dessen Anti-Altparteien- und Dritte Republik-Rhetorik etwas Brachiales, doch sie arbeitete vor allem mit einem Erneuerungsbegriff, der sich aus der Zerschlagung eines »überkommenen« Systems ableitete, was den damaligen FP-Chef in der öffentlichen Wahrnehmung durchaus als treibende Kraft gegen ein erstarrtes System etablierte (vgl. dazu etwa Haiders Polemik gegen Privilegien, Kammerstaat etc. mit der seit Jahren im öffentlichen Diskurs hegemonialen Modernisierungs- oder auch Privatisierungsrhetorik). Da aber nach Meinung neoliberaler Ideologen das überholte System der fordistisch-wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsordnung nicht bloß reformiert, sondern endgültig umgewälzt werden mußte, konnte der jahrelang mehr oder minder ausgegrenzte »Typus Haider« zum Garanten für Erneuerung, der es versteht, mit Leidenschaft und Vision Zukunft zu definieren, aufsteigen. Haider besetzte damit im gesellschaftlichen Diskurs ironischerweise

von rechts jene Funktion, die in anderen europäischen Ländern Sozialdemokraten vom Schläge Tony Blairs mit ihrem Rekurs auf kommunitaristische Ideen ausüben – Ideen, die in der intellektuell und ideologisch völlig desolaten SPÖ keinerlei Rezeption fanden.

Der Umstand, dass die Technokraten in der österreichischen Sozialdemokratie und bei den Grünen dem auch in der Opposition kein alternatives, breite Bevölkerungskreise intellektuell überzeugendes bzw. emotional mobilisierendes Gesellschaftsprojekt entgegen zu setzen haben, stattdessen in zentralen Politikfeldern eher den Schulterchluss mit Neoliberalen proben, macht die »Widerstandsbewegung« gegen Schwarz-Blau zur einzigen wirklichen politischen Gegenspielerin der aktuellen Regierungskoalition, der die Formulierung eines alternativen Modells zum neoliberalen Umbau zuzutrauen wäre.

Eine Tatsache, die freilich nicht nur in der Schwäche der parlamentarischen Opposition begründet ist, sondern nicht zuletzt in der »sozialen Erdung« der Bewegung. In der Bewegung gegen Schwarz-Blau artikuliert sich ein sich langsam im Übergang vom fordistisch-wohlfahrtsstaatlich organisierten Kapitalismus zu postfordistischen Formationen herausbildendes soziales Subjekt erstmals engagiert politisch – in diesem speziellen Fall gegen Rassismus, Sexismus, Sozialabbau, wie auch gegen das lähmende neoliberale Credo »There is no alternative«.

Ein »neues« Subjekt, das etwa in der italienischen Debatte (Antonio Negri etc.) u. a. unter dem Begriff »immaterielle Arbeit« beschrieben wird, was auf die zunehmende Bedeutung von Wissen/intellektuellen Ressourcen und sozialen Kompetenzen für bestimmte Produktionsprozesse und Dienstleistungen verweist. Einen anderen Beschreibungsansatz liefert wohl auch die Debatte um die zunehmende Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen bzw. die Diskussion um sogenannte »Neue Selbständige« (vgl. dazu auch den Beitrag von Karl Reitter in diesem Heft)¹.

Ein wesentlicher Teil dieser Menschen bewegt sich – bzw. findet sein finanzielles Auslangen – in »kreativen Bereichen«, sprich in der Kulturarbeit, in der Werbebranche, im IT-Bereich etc., gilt dementsprechend als in der sogenannten New Economy etabliert, und ist durch Attribute wie weltoffen (aber auch weltmarkt-orientiert), urban, popkulturell sozialisiert und gesellschaftspolitisch liberal charakterisierbar.

Die entscheidende Frage – für die innenpolitische Auseinandersetzung der kommenden Jahre, wie auch für die Widerstandsbewegung gegen die schwarz-blaue Koalition – scheint dementsprechend, in welche Richtung die oben angesprochene politische Formierung des beschriebenen »neuen sozialen Subjekts« verläuft: Wachsen dessen Potentiale in eine tragende Rolle einer neoliberal verfassten »New Economy« hinein oder entfalten sie sich zugunsten einer – wie auch immer definierten – »emanzipatorischen« Transformation der fordistisch-/wohlfahrtsstaatlich begründeten Nachkriegsordnung?

Anders als die weitgehend defensive parlamentarische Opposition formuliert die außerparlamentarische Widerstandsbewegung derzeit jedenfalls zumindest in Ansätzen eine Alternative zum schwarz-blauen, autoritär neoliberalen Umbau der österreichischen Gesellschaft.

Womit die an sich minoritäre Bewegung gegen Schwarz-Blau – in einer für dieses Land völlig neuen politischen Kultur – zumindest einen Brennpunkt für unterschiedliche gesellschaftliche Widersprüche etabliert und gleichzeitig als Kata-

lysator für einen nachhaltigen Diskurs um einen alternativen Gesellschaftsentwurf wirkt, der über bloße – gewerkschaftliche oder traditionell sozialdemokratische – Abwehrkämpfe hinausweist.

Solidarität – die unsichtbare Hand

Was wären aber Orientierungsmarken eines derartigen Diskurses um einen alternativen Gesellschaftsentwurf, der in die – wie von uns behauptet in den vergangenen Monaten in Österreich besonders heftig umstrittene – Formierung einer postfordistischen Regulationsweise eingreift?

Der Begriff »Postfordismus« bezeichnet unserm Verständnis nach die Herausbildung neuer ökonomischer, sozialer und politischer Strukturen und Abläufe innerhalb des bestehenden gesellschaftlichen Systems. Das Wort markiert weniger einen von rechts besetzten Kampfbegriff oder eine konservative Offensive, wie dies innerhalb der traditionellen Linken oftmals missverstanden wird, denn eine reale Entwicklung kapitalistischer Gesellschaft und Produktionsweise. Politisch betrachtet allerdings verläuft die Krise des Fordismus synchron mit der Krise emanzipatorischer – im weitesten Sinne sozialistischer – Politik. Dies ist auf eine weitreichende Verquickung der verschiedensten linken Ansätze mit dem fordistischen Projekt, respektive eine grundlegend affirmative Haltung bezüglich der Handlungsmöglichkeiten innerhalb des fordistischen Konsenses, zurückzuführen (Stichwort sozialpartnerschaftlicher Korporatismus, Wohlfahrtsstaat).

Auf seiten der politischen Rechten gibt es dagegen zwar keine konsistenten Ansätze zur Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen durch die fordistische Krise, jedoch zumindest einen kleinsten gemeinsamen Nenner rechter »postfordistischer« Politiken. Dieser erscheint geradezu naturgemäß zu sein. Aus dem Niedergang kollektiv uniformer Selbstbilder der Moderne («die Armee des industriellen Proletariats» o. dgl.) sowie der Krise des nationalen Staates als politischer Vermittlungsinstanz und ökonomischer (Um-?)Verteilungsmaschine kann die politische Rechte diskursive Eckpfeiler schöpfen: Konkurrenz und Individualität.

Seit dem Ende des Kalten Krieges erleben wir dementsprechend eine sukzessive Verallgemeinerung des Konkurrenzbegriffes. Während die Systemkonkurrenz noch gänzlich abstrakt war, stieg der Begriff, über die Standortkonkurrenz fortwährend hinab, bis er schließlich, wie erwähnt, beim Individuum angekommen war. Nunmehr vermarktet sich jedeR Einzelne. Konkurrenz wird universell. Das Individuum erlebt gleichzeitig eine Aufwertung. Im rechten Diskurs treten Konkurrenz und Individualität zumeist in eins. Das Individuum könne sich nur in Abgrenzung konstituieren.²

Die damit auch verbundene Neudefinition des Verhältnisses von Staat und Ökonomie, nach der die Form des Marktes als Organisationsprinzip des Staates und der Gesellschaft dient, musste natürlich auch eine Modifikation von klassisch rechten »Imaginationen« von Kollektiven, wie z.B. der Nation nach sich ziehen. In diesen – derzeit hegemonialen – rechten Diskursen geht die herausragende Funktion der Nation als »überhistorische« kollektive Identitäten stiftende Schicksalsgemeinschaft (inklusive Gründungsmythen und grosser Erzählungen) zunehmend auf die Imagination eines alles umfassenden und durchdringenden Marktes über. Was auch impliziert, dass anders als noch in der Vorstellung der volksge-

meinschaftlich verfassten Nation die Imagination der (Welt-)Markt- bzw. Export-Nation in einem höheren Maße auch nach innen konflikthaft gedacht wird (eingedenk der Tatsache, dass die Anrufung der Nation natürlich immer schon auch zur Segmentierung »nach innen« diente). Dementsprechend wird hier eine der wesentlichen Auseinandersetzungslinien im aktuellen Kampf um kulturelle und damit letztlich politische Hegemonie erkennbar, nicht zuletzt im Rahmen des Widerstandes gegen »Schwarz-Blau«.

Dass rechte StrategInnen in diesem Zusammenhang nur unvollständig wahrnehmen, dass sich die von ihnen als partikuläre Individuen konstruierten/interpretierten ProduzentInnen/KonsumentInnen als neues soziales Subjekt jenseits der Nation konstituieren, sollte nicht verwundern. Die Linke, gewohnheitsmäßig Weltmeisterin im Ausfindigmachen politischer Subjekte, ist an dieser Stelle teilweise schon etwas weiter (vgl. dazu erneut Karl Reitter).

Andererseits ist es auch der Linken diesbezüglich noch nicht hinreichend gelungen, ein Projekt, das adäquate politische und ökonomische Alternativen formuliert, in den öffentlichen Diskurs um den Gestaltungsanspruch der Gesellschaft einzuschreiben. Zumindest zum Teil könnte man/frau in diesem Zusammenhang aber aus dem Fundus traditioneller Werkzeuge schöpfen – zum Beispiel die »Solidarität«.

Formen des Syndikalismus und der Genossenschaftlichkeit sind nämlich auch den oben bereits mehrfach als wesentliches Element eines neuen sozialen/politischen Subjekts beschriebenen neuen Selbständigen weder fremd noch anrühlich, wie zuletzt auch eine Studie über Bewusstsein und Selbstverständnis der neuen Selbständigen in zahlreichen europäischen Städten belegte (vgl. dazu Azzellini 2001). Sehr wohl bestehen demnach in jenem Bereich ganz »konkrete Formen gegenseitiger Unterstützung und Kollektivität« (Azzellini) sowie auch Ansprüche und Bedürfnisse »nach neuen Organisationsformen oder Interessenvertretungen«. Der traditionelle Solidaritätsbegriff müßte allerdings einer gewissen Anpassung unterworfen werden. Weder können sich die neuen Selbständigen ohne weiteres ständisch noch – gleich nach welcher Definition – als Klasse begreifen.

Wobei das Ringen um eine adäquate Interessenvertretung für die sogenannten »Neuen Selbständigen«, wie auch die Ratlosigkeit mancher SozialpolitikerInnen und VersicherungsexpertInnen die offenen Fragen nach sozialer Absicherung sich verändernder und unterscheidender Arbeits- und Lebenszusammenhänge betreffend, allerdings schon im »Alten« angelegt sind. So hätte etwa schon längst die Notwendigkeit und die Möglichkeit bestanden, Sicherheit unabhängig von der Erwerbsarbeitsform, ihrer Stringenz und/oder der Erwerbsarbeit schlechthin einzufordern. Nun droht das an die fordistische Lohnarbeit gebundene soziale Sicherungssystem flächendeckend immer weniger Menschen zu erreichen. (Einzig Krankenversicherungen sind noch ein Massenphänomen, Altersvorsorge, Unfallversicherung oder Krankengeld werden immer seltener.) Die Ausdifferenzierung der Biographien stellt demgemäß erhöhte Anforderungen an die Solidargesellschaft.

Aus der Frauenbewegung kommen entsprechend schon lange programmatische Forderungen, den Arbeits-Begriff betreffend. Eine Neudefinition des Begriffes Solidarität verlangt etwa, dass die Debatte über »atypische« Beschäftigung/Neue Selbständige vor allem auch um jene über traditionelle Arbeitsteilungen erweitert wird. Handelt es sich doch bei Flexibilisierungen und Verschiebungen bzw. Neu-

gestaltungen von Arbeit(zeit)/Freizeit und neuen Formen der Erwerbstätigkeit nicht mehr nur um eine vorübergehende Intervention zur ökonomischen Krisenbewältigung, sondern um eine Neuordnung gesellschaftlicher Arbeit, was eben auch die Frage nach der Verteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit betreffen würde/müsste/sollte.³

Die Widerstandsbewegung gegen Schwarz-Blau, die wie gezeigt wurde u. a. auch als politische Artikulation des beschriebenen neuen sozialen Subjektes gelesen werden kann, formulierte mit ihrem moralisch motivierten Antirassismus und qua ihrer – auch materiell begründeten – Weltläufigkeit aber auch im politischen Sinne einen (neuen?) Begriff von »Solidarität«. Auch wenn gerade auch aus anti-rassistischer wie feministischer Sicht Kritik an der Bewegung angebracht scheint (eine Kritik, die durchaus auch intern wie auch öffentlich formuliert wird) sollte gerade dieser Umstand nicht unterbewertet werden.

Ein adäquater Solidaritätsbegriff müßte insgesamt aber weitestmöglich politisch aufgeladen werden. Konkreter: Der Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen Zuspitzung der Konkurrenz und einer Perspektive sozialer Nachhaltigkeit durch eine Neukonstituierung eines »Solidarprinzips« (die Neuformulierung des Begriffs »Solidarität«) ist in der politischen Auseinandersetzung herauszustreichen. Dies hätte aber insbesondere im Hinblick auf das erwähnte »neue politische Subjekt« zu geschehen. Solidarität wäre dann die unsichtbare Hand, die regelt, was der Markt nicht zu leisten imstande ist.

Anmerkungen

- 1 Als »neu« oder (noch) »atypisch« wird in diesem Sinne definiert, was von der Norm abweicht und diese Norm wiederum wird definiert mit Hilfe von Koordinaten wie dem kontinuierlichen Versicherungsverlauf, Ausmaß und Lage der Arbeitszeit, Verhältnis zum Arbeitgeber und Grad der arbeits- und sozialrechtlichen Absicherung. So bemessen – und das macht durchaus Sinn, vor allem in Bezug auf das soziale Sicherungssystem – ergibt sich eine Diversifizierung, die über die gerne diskutierten »neuen Selbstständigen« hinaus geht. Verschiedene »atypische« Beschäftigungsverhältnisse und Erwerbsformen unterscheiden sich nicht nur verschieden von »typischen«, sondern auch stark untereinander und auch innerhalb der einzelnen sozialrechtlichen oder arbeitsorganisatorischen Kategorien erstreckt sich durchaus eine breite Skala von Erscheinungen.
Wobei zu beachten wäre: »Selbstständige Arbeit ist immer noch ein kleiner Teil der gesamten Arbeit, aber sie wird mehr und mehr zu der Arbeitsform, die auch alle anderen Arbeitsverhältnisse und die gesamte Gesellschaft prägt, so wie es Jahrzehnte lang die fordistische Lohnarbeit getan hat – ebenfalls ohne dass ihr immer und überall die Mehrheit der Arbeitsverhältnisse entsprach. (...) Die Umbruchsphase, in der wir uns befinden ist aber auch davon gekennzeichnet, dass gleichzeitig Anforderungen aus der selbstständigen Beschäftigung zunehmend auch die abhängige Beschäftigung prägen.« (Azzellini 2001)
- 2 Sehr viele der daraus resultierenden mächtigen ideologischen Formeln wie der »Erfolgsfaktor Individualität«, die Ablöse traditioneller Kollektive, »lebenslanges Lernen« etc. betreffen allerdings viele Individuen in allen Beschäftigungsverhältnissen. Selbst Arbeitslosigkeit mutiert zur »gecoachten Arbeitssuche«. Die Marktförmigkeit des Arbeitsmarktes wird dabei spürbarer, das tatsächliche Verkaufen der Arbeitskraft erlebbarer. JungakademikerInnen wie Lehrstellensuchende, alle beschäftigen sich intensiv mit dem Präsentieren der Bewerbung, der eigenen Person. Die Personalentwicklung erkennt offen die »Notwendigkeit der Selbstvermarktung«, jeder müsse sich Gedanken machen über seine/ihre UPS (=Unique Selling Proposition.)
- 3 Wobei allerdings der Verdacht nicht unbegründet scheint, dass der derzeitige Boom des Themas »neue Arbeitsverhältnisse/Prekarisierung« unter Ökonomen und Sozialwissenschaft-

lern darin begründet liegt, dass immer mehr Männer betroffen sind, da die entsprechende Entwicklung universellere (für die Genannten sichtbarere) Formen annimmt. (Mit Vorliebe werden ja auch Beschäftigungsstrukturen in Branchen wie EDV, IT, Eventmanagement untersucht, weniger aber soziale Berufe, weitere Teile des Dienstleistungssektors, Sphären wie die der TrainerInnen oder der psychologischen und physiologischen TherapeutInnen, u. v. m.). Für Frauen hingegen gehören prekäre, zum Teil gänzlich unbezahlte, Arbeitsverhältnisse seit jeher zur Normalität.

Literatur

- Azzelini, Dario (2001): Zusammenfassung der unveröffentlichten Moriani-Studie über neue Selbständige in Berlin, Artikel-Serie in der Volksstimme im Jänner
- Lemke, Thomas/Susanne Krasmann/Ulrich Bröckling (2000): Gouvernamentalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung. In: Bröckling /Krasmann/Lemke (2000): Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt aM
- Ptak, Ralf/Herbert Schui (1998): Das FPÖ-Dreieck: Rechtsextrems Fundament – Neoliberales Substanz – Marktgerechte Präsentation, Kurswechsel 1